

MAchtmUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



Nr. 15 – Mai 2019

MAHMUT ÖZDEMİR

IHR
BUNDESTAGSABGEORDNETER



■ **Grußwort des Herausgebers**
Seite 2

■ **Europawahl – Eine Schicksalswahl**
Seite 3

■ **Arbeit. Solidarität. Menschlichkeit.**
Seite 4

■ **Wir lieben Bremen**
Seite 6

■ **Interview mit Uwe Heider**
Seite 8

■ **Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern**
Seite 10

■ **Namentliche Abstimmungen**
Seite 11

■ **Pressemitteilungen**
Seite 15

■ **Özdemir on Tour**
Seite 23

■ **Duisburg in Berlin – Bericht von unserer Fahrt**
Seite 25

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**
Mahmut Özdemir MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



1. Mai 2019: Demo zum Tag der Arbeit in Duisburg



Liebe Leserinnen und Leser,

mit großen Schritten gehen wir bereits dem Ende der ersten Jahreshälfte entgegen. Trotz lautstarker Kritik zu Beginn der Legislaturperiode hat die Große Koalition Stand gehalten. Und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass die SPD-geführten Ministerien die Impulsgeber dieser Regierung sind.

Denn wir haben diese Regierungsverantwortung nicht leichtfertig oder bedingungslos übernommen. Wir haben uns viel vorgenommen, im Auftrag der Bürgerinnen und Bürgern wollen wir soziale Verbesserungen für unser Land auf den Weg bringen. Und ich glaube, wir haben bisher nicht enttäuscht. Mit dem beschlossenen Gute-Kita-Gesetz stellen wir 5,5 Milliarden Euro für mehr Qualität und weniger Gebühren in der Kindertagesbetreuung bereit. Familien mit geringem Einkommen müssen keine Kitagebühren mehr zahlen und für alle anderen Familien werden die Gebühren nach sozialen Kriterien gestaffelt. Mit dem Starke-Familien-Gesetz unterstützen wir Familien mit kleinen Einkommen und verbessern die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe für ihre Kinder. Für sie machen wir Schulbus und Schulesen kostenfrei. Mit dem Gesetz erhöhen und verbessern wir gleichzeitig den Kinderzuschlag und die

Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und bauen bürokratische Hürden ab. Für unsere Schulen in Deutschland nimmt der Bund mit dem Digital-Pakt Schule zusätzlich zu den Eigenanteilen der Länder 5 Milliarden Euro über fünf Jahren in die Hand. Durch die erreichte Grundgesetzänderung kann der Bund zukünftig bundesweit in die Bildungsinfrastruktur investieren und lässt die Kommunen mit den Kosten nicht allein.

Weiterhin haben wir das Konzept der Grundrente vorangetrieben, um Rentnerinnen und Rentner vor der Armutsfalle zu bewahren und ihre Lebensleistung mit einer auskömmlichen Rente zu würdigen. Unsere Idee ist es, die Rente um einen Zuschlag zu erhöhen, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit vorweisen können. Die Grundrente soll dann ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt werden, wovon 3 bis 4 Millionen Menschen profitieren könnten – ein großer Anteil davon wären Frauen. Zum Thema Gleichstellung der Geschlechter bringt die SPD weiterhin das Ziel der Parität im Deutschen Bundestag voran. Denn dass sich ohne Gesetz nichts tut, zeigt sich an den freiwilligen Verpflichtungen der DAX-Konzerne.

Neben den vielen Themen, die uns auf bundespolitischer Ebene beschäftigen, stehen am 26. Mai 2019 noch die wichtigen Wahlen des EU-Parlaments und der Bremer Bürgerschaft vor der Tür. Die Europawahl ist durch das Brexit-Chaos zu einer wesentlichen Richtungsentscheidung geworden. Die EU ist keine Selbstverständlichkeit und viele ihrer Errungenschaften (z.B. Reisefreiheit, Euro, ja gar Frieden) gilt es gegen rechts zu verteidigen. Denn die konservativen Tory-Hardliner Großbritanniens haben vorgebracht, was auf ihre leere Versprechungen und erfolglose Kompromisslosigkeit folgt: Ein zerstrittenes, handlungsunfähiges Parlament, das von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr ernst genommen wird. Dies gilt es bei der Europawahl und im Kleinen auch bei der Bremenwahl zu verhindern!

Meine Bitte an Euch: Unbedingt wählen gehen und das Kreuz bei einer demokratischen Partei – am besten bei der SPD – machen!

Herzlichst



Mahmut Özdemir MdB



Europawahl – Eine Schicksalswahl

Gastbeitrag von Markus Töns MdB, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages



Foto: Benno Kraehahn

Markus Töns MdB (Foto: Benno Kraehahn)

Am 26. Mai finden in Deutschland die Europawahlen statt. Es sind entscheidende Wahlen für ganz Europa. An diesem Tag wird sich entscheiden, ob wir das Europäische Parlament an die (Rechts-)Populisten verlieren oder es schaffen, weiterhin eine Mehrheit der demokratischen und weltoffenen Parteien zu behalten.

Die diesjährigen Europawahlen finden vor dem Hintergrund einer schleichenden Nationalisierung und eines Aufstiegs des Populismus in vielen Ländern statt. Der Brexit ist weiterhin ungelöst und scheint auch die kommenden Wahlen zu beeinflussen. Nicht wenige scheinen die Errungenschaften der Europäischen Union vergessen zu

haben – wie die Reisefreiheit und den Binnenmarkt.

Dabei wäre gerade jetzt, wo wir Handelskonflikte und Krisen weltweit erleben, ein geeintes Europa wichtiger denn je. Alleine wird kein Land, weder Frankreich noch Deutschland, weder Polen noch Italien, in einer zunehmend globalisierten Welt bestehen. Nur mit einem gemeinsamen Markt und gemeinsam vertretenden Interessen können wir ein Gegengewicht zu anderen Ländern schaffen.

Es ist aber auch wichtig, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach der großen Finanzkrise von 2008 hat die EU exzessive Spekulationen an den Finanzmärkten eingedämmt, hochspekulative Produkte verboten sowie eine stärkere Regulierung des Handels mit Rohstoffen, wie z.B. bei Nahrungsmittelspekulationen, durchgesetzt. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben dafür gesorgt, dass die Bankerboni gedeckelt wurden und haben durchgesetzt, dass Banken mehr Eigenkapital vorhalten müssen, um ihre Verluste selber auffangen zu können.

Zur Bekämpfung der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Südeuropas konnte die „Jugendgarantie“ verabschiedet werden. Sie soll allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten Arbeit garantieren. Zudem haben die Sozialdemokraten maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter verbessern und die Ausbeutung von Saisonarbeitern zu beenden. Denn Beschäftigte in Europa müssen effizienter vor sittenwidrigen Arbeitsbedingungen geschützt werden. In Europa muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort – für Männer und Frauen.

Dies alles konnte auch erreicht werden, weil die demokratischen pro-europäischen Parteien im Europäischen Parlament konstruktiv zusammengearbeitet haben. Bei den Wahlen in diesem Jahr droht die Mehrheit für die pro-europäischen Parteien verloren zu gehen, sollten sich die anti-europäischen Kräfte zu einer Fraktion zusammenschließen. Für die Vertretung der Interessen der Bürger in Europa wäre das fatal.



Dass die Europäische Union bei den Bürgern großen Zuspruch erhält, haben inzwischen auch die EU-skeptischen Parteien gelernt. Deswegen halten sie sich heute mit radikalen Forderungen wie einem sofortigen Austritt aus der EU zurück, um keine Wähler zu verprellen. Ihr Ziel bleibt aber das Gleiche. Sie wollen den erfolgreichen Prozess der europäischen Integration beenden und zurückdrehen. Es soll nicht mehr um die gemeinsamen europäischen Interessen gehen, sondern wieder das Pri-

mat der nationalen Politik gelten. Eine Re-Nationalisierung gefährdet nicht nur unsere gemeinsame Währung und unseren Binnenmarkt, sondern letztendlich auch den Frieden in Europa.

Schwieriger würde es auch werden, wichtige Reformen in Europa umzusetzen. Dabei muss Europa endlich sozialer werden und den Menschen auch soziale Sicherheit bieten. Deswegen setzen wir uns als SPD dafür ein, dass zukünftig in allen Ländern Europas Mindestlöhne

existieren, von denen man leben kann. Das sichert nicht nur Existenzen und verhindert Armut. Es ist auch das wirksamste Mittel gegen Armutsmigration und skrupellose Ausbeutung von Arbeitnehmern.

Es geht bei dieser Europawahl also um viel mehr als nur die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Es geht darum, ob Europa zurückfällt in die Vergangenheit. Oder ob wir weiterhin ein Europa wollen, in dem die Interessen der Bürger an erster Stelle stehen.

Arbeit. Solidarität. Menschlichkeit.

Gastbeitrag von Dagmar Schmidt MdB, stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion



Dagmar Schmidt MdB (Foto: Susie Knoll)

Die Welt um uns herum verändert sich immer schneller. Digitalisierung, neue Arbeitsformen und neue Kommunikationswege

stellen uns alle vor große Herausforderungen. Mit unserem Konzept für den Sozialstaat der Zukunft stellen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft. Wir wollen Sicherheit im Wandel geben und unsere Demokratie und unseren Sozialstaat modernisieren und stärken.

Für alle, die lange gearbeitet haben: Respekt und Anerkennung.

Lebensleistung muss anerkannt werden. Deswegen wollen wir

mit der solidarischen Arbeitsversicherung den Bezug von Arbeitslosengeld I verlängern. Wer lange eingezahlt hat, verdient auch einen längeren Anspruch. Und wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient Respekt und sollte nicht in der Grundsicherung landen. Die Lagerarbeiterin und der Friseur, die 40 Jahre auf Mindestlohniveau gearbeitet haben, erhalten trotz Vollzeit derzeit nur 541 Euro Rente. Das ist nicht genug.



Deswegen wollen wir die Grundrente einführen – für alle, die mindestens 35 Beitragsjahre haben.

Für alle, die Schutz im digitalen Wandel brauchen: bessere Absicherung und neue Chancen.

Neue Arbeitsformen wie projektbezogenes Arbeiten oder Umbrüche durch Strukturwandel führen dazu, dass Menschen unregelmäßige und unterbrochene Arbeitszeiten haben. Deswegen wollen wir ein Recht auf Weiterbildung. Ein wichtiger Bestandteil davon ist das Arbeitslosengeld Q: wer sich weiter qualifiziert, erhält länger ALG I – und erhöht damit die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Für alle, denen ihre Arbeit viel Wert ist: faire Löhne und starke Sozialpartnerschaften.

2015 haben wir den Mindestlohn eingeführt – wir wollen, dass er künftig auf 12 Euro steigt. Weil der Mindestlohn aber nur eine unterste Anstandsgrenze ist, brauchen wir starke Sozialpartnerschaften für starke Tarifverträge. Wir wollen tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserstellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Um Mitbestimmung als demokratisches Prinzip zu stärken, wollen wir die Unterdrückung von Mitbestimmung härter bestrafen. Der Staat kann die

Arbeit der Sozialpartner nicht ersetzen, aber er muss Rahmenbedingungen schaffen, um sie wieder zu stärken.

Für alle, die Zeit für Arbeit und Freizeit wollen: mehr Flexibilität und Souveränität.

Arbeit muss zum Leben passen. Immer mehr Menschen wünschen sich aus den unterschiedlichsten Gründen mehr Souveränität über ihre Zeit. Wir wollen ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice schaffen. Gleichzeitig muss die Grenze zwischen Beruf- und Privatleben sichergestellt sein. Daher werden wir das Recht auf Nichterreichbarkeit schützen und Arbeitszeitmodelle unterstützen, die die Gesundheit von Beschäftigten stärken. Mit der Familienarbeitszeit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mit dem Zeitkonto wollen wir dafür sorgen, dass Beschäftigte flexibler mit ihrer Zeit umgehen können – auch beim Betriebswechsel.

Für alle, die Kinder haben: Kindergrundsicherung und Teilhabe stärken.

Kein Kind darf in einem reichen Land wie unserem in Armut aufwachsen. Und Eltern dürfen nicht durch ihre Kinder arm werden. Deswegen wollen wir eine Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland einfüh-

ren. Unsere Kindergrundsicherung besteht dabei aus zwei Säulen: dem finanziellen Bedarf eines Kindes und den Infrastrukturleistungen wie Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Förderangebote. Unsere Kindergrundsicherung fasst alle Leistungen wie Kindergeld, Kinderfreibetrag, Bildungs- und Teilhabepaket zu einer einzigen Leistung zusammen, mit der der gesamte Bedarf des Kindes gedeckt werden soll.

Die ersten Weichen sind gestellt.

Das Starke-Familien-Gesetz, das wir im März im Bundestag verabschiedet haben, ist ein erster Schritt in Richtung unserer Kindergrundsicherung. Familien, die Kinderzuschlag, Wohngeld oder Grundsicherungsleistungen beziehen, werden in Zukunft verbesserte Leistungen zur Verfügung gestellt. Das Schulstarterpaket wird auf 150 Euro erhöht, die Eigenanteile beim Mittagessen und bei der Schülerbeförderung werden gestrichen und mehr Schülerinnen und Schüler wird individuelle Lernförderung ermöglicht. Zusammen mit der letzten Jahr beschlossenen Erhöhung des Kindergeldes stellen wir damit sicher, dass das Existenzminimum von Kindern in Deutschland abgedeckt ist. Damit alle Kinder gut und gesund aufwachsen können.



Auf dem Arbeitsmarkt haben wir letztes Jahr die Brückenteilzeit beschlossen und damit ein Recht auf befristete Teilzeit eingeführt. Mit dem Qualifizierungschancengesetz haben wir

ein Recht auf Weiterbildungsberatung und Förderung und Entwicklung am Arbeitsplatz eingeführt. Und wir haben den Schutz der Arbeitslosenversicherung

erweitert: Viele Beschäftigte haben nun mehr Zeit, die Mindestversicherungszeit zusammen zu bekommen. Wir haben schon viel erreicht. Aber es gibt auch noch viel zu tun!

Wir lieben Bremen

Bremische Mischung: Eigenständig, hanseatisch weltoffen, kulturell vielfältig, sozial engagiert und wirtschaftlich erfolgreich

Gastbeitrag von Uwe Schmidt MdB (Wahlkreis Bremen II - Bremerhaven)



Uwe Schmidt MdB (Foto: Büro Uwe Schmidt MdB)

Seit über 70 Jahren ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Land Bremen in Regierungsverantwortung. Am 26. Mai diesen Jahres – zeitgleich mit der Europawahl – blicken alle auf die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger im Zwei-Städte-Staat. Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft wird entschieden, wer künftig im Bremer Rathaus regieren soll. Aktuelle Umfragen sagen ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen voraus.

Die Wahl in Bremen ist ein wichtiger Gradmesser für die Stimmungslage im Land: Hält der Abwärtstrend der SPD an und wenn ja, welche Auswirkungen könnte dies auf die Bundespolitik haben? Oder zeigt die eingeschlagene Kurskorrektur der SPD Wirkung und verschafft den Genossinnen und Genossen in Bremen und Bremerhaven eine starke Brise Rückenwind?

Bundestrend hin oder her, ich sage, die SPD kann selbstbewusst in die Wahlen gehen. Das Bundesland hat – unter Führung der SPD – in der letzten Dekade eine tiefgreifende Haushaltskonsolidierung vollzogen. Wir haben hart mit dem Bund und den anderen Ländern verhandelt, um die Selbstständigkeit des Landes Bremen zu sichern. Denn eines ist klar, Bremen und

Bremerhaven sind die Wirtschaftsfaktoren im Nordwesten. Bremen ist der sechstgrößte Industriestandort in Deutschland – hier baut Mercedes in seinem Werk jährlich mehr als 400.000 Autos. Hier baut Airbus Teile für das modernste Passagierflugzeug der Welt, den A350 und den modernsten Militärtransporter, den A400M. Hier fertigt die ArianeGruppe die Oberstufe der neuen Ariane 6-Rakete – Europas Zugang zum Weltall.

Darüber hinaus exportieren wir über unsere Häfen Produkte Made in Germany in alle Welt. Containerschiffe mit 20.000 Standardcontainern an Bord laden und entladen in Bremerhaven an der längsten Stromkaje der Welt ihre Güter. 200 Meter lange, schwimmende „Parkhäuser“ transportieren mehr als 6.000 Fahrzeuge über



das Bremerhavener Autoterminal um die Welt. Ganz nebenbei locken Bremen und Bremerhaven jedes Jahr mehr als 45 Millionen Besucherinnen und Besucher an: Egal ob Deutsches Auswandererhaus, Klimahaus, Zoo am Meer, Universum, historisches Rathaus oder die Stadtmusikanten – unsere beiden Städte sind immer eine Reise wert.

Über Werder Bremen muss ich nicht viel verlieren, die Grün-Weißen stehen für Bremen wie der Roland. Das Weserstadion mit seiner Lage am Weserbogen ist für jeden Fußballfan eine Reise wert, denn es liegt nicht fernab auf einem Acker vor den Toren der Stadt, sondern da wo es hingehört, mittendrin. Gleiches gilt für die Erstligavereine der Fischtown Pinguins und der Eisbären Bremerhaven – zuhause im Herzen Bremerhavens steht unser Bundesland für Spitzensport, egal ob mit dem Fuß, mit der Hand oder am Puck.

Wir in Bremen und Bremerhaven sind typische Norddeutsche. Wir sind stolz auf unsere Heimat und die Menschen, die hier wohnen und arbeiten. Wir prahlen aber nicht damit – und damit muss, bei aller Bescheidenheit, jetzt mal Schluss sein. Bremen und Bremerhaven stehen so gut da, weil es immer die SPD war, die die Geschicke des Landes gelenkt hat. Natürlich ist nicht alles perfekt – wo ist das schon der Fall? Trotzdem gilt, es kann nicht schaden, auf Bremen zu schauen, wenn man auf der Suche nach guten Ideen ist:

Wir haben in Zeiten knapper Kassen ein Förderprogramm für Langzeitarbeitslose angestoßen, um allen die soziale Teilhabe zu ermöglichen – Bundesminister Hubertus Heil knüpft hier jetzt auf Bundesebene an. Wir haben als erstes Bundesland einen Landesmindestlohn eingeführt und wollen diesen nun wieder reaktivieren und auf 12 Euro anheben. Wir haben

noch starke, kommunale Wohnungsmarktakeure und haben gerade erst wieder gut 6.000 Wohnungen zurück in die öffentliche Hand geholt. Auch die Abfallwirtschaft haben wir erfolgreich rekommunalisiert und in unseren Häfen gilt Sozialpartnerschaft statt kommerzielle Leiharbeit. Wir in Bremen sprechen nicht nur vom sozialen Zusammenhalt, wir handeln auch entsprechend.

Keine andere Partei hat das Bild eines Bundeslandes so sehr geprägt wie die SPD das von Bremen. Ich sage, die SPD kann stolz sein auf das, was sie im kleinsten Bundesland geschafft hat! Ich bin sicher, dass die SPD zum 20. Mal in Folge als stärkste Kraft aus den Landtagswahlen hervorgehen und Carsten Sieling weiterhin Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen bleiben wird.



Interview mit Uwe Heider

Bezirksbürgermeister Duisburg-Hamborn a.D.



Uwe Heider (Foto: Frank Preuß)

1. Wie bist Du zur SPD und ins Amt des Bezirksbürgermeisters gekommen?

In meinem Berufsleben war ich schon immer als Gewerkschafter aktiv. Meine Vision war es, Arbeits-, Sozialrecht und Gesellschaftspolitik mitzugestalten und zu verbessern. So bin ich 1984 in den SPD-Ortsverein Althamborn eingetreten. Nach 10-jähriger politischer Arbeit wurde ich 1994 in die Bezirksvertretung Hamborn gewählt. 1997 habe ich in der Bezirksvertretung Hamborn den SPD-Fraktionsvorsitz übernommen. Im Jahr 2004 hat die Bezirksvertretung Hamborn mich zum Bezirksbürgermeister gewählt.

2. Wie bilanzierst Du Deine Amtszeit?

Insgesamt blicke ich auf eine sehr interessante, abwechslungsreiche und spannende Zeit zurück. In meiner Amtszeit habe ich viele Hamborner Bürgerinnen und Bürger kennengelernt. Die verschiedensten Sorgen und Anliegen wurden mir in meinen regelmäßigen Sprechstunden vorgetragen. Besonders stolz haben mich die Situationen gemacht, in denen ich helfen konnte. Leider bin ich so manches Mal mit meinen Möglichkeiten als ehrenamtlicher Bezirksbürgermeister an meine Grenzen gestoßen.

Bei meinen jährlichen Jahresempfangen trafen immer viele Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter der Stadtgesellschaft und Verwaltung und Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen, die miteinander ins Gespräch kamen und so ein Netzwerk für die Hamborner Belange bilden konnten. Ich denke, ich habe mit der Bezirkspolitik viele Anstöße für die Hamborner Infrastruktur in die Fachverwaltung weitergegeben.

Wichtig war mir auch immer das Hamborner Brauchtum, für das ich mich stark gemacht habe. Hier seien erwähnt das gemeinschaftliche Hoppeditzerwachen

der Hamborner Karnevalsvereine und das Kooperations-schützenfest dreier Hamborner Schützenvereine.

Schließlich freue ich mich sehr, dass auf meinen Anstoß hin der Hamborner Heimatverein unter Leitung von Herrn Weißmann gegründet wurde.

3. Was waren Deine größten Herausforderungen?

Das Thema FOC hat uns in Hamborn lange beschäftigt. Obwohl ich persönlich nicht positiv zu einem FOC eingestellt war, hatte ich die ursprünglich für-sprechend beschließenden Beratungen demokratisch begleitet. Nach umfangreichen Bürgerprotesten und Bewertung der Störfallproblematik kam es dann zur Abkehr von den Plänen.

Die Flüchtlingskrise und die Zuwanderung aus Süd-Ost-Europa waren und sind ebenfalls große Herausforderungen. Duisburg tut sehr viel für die Integration, aber die Problematik gestaltet sich nicht nur für unsere Stadt sehr vielschichtig; ein Patentrezept für eine schnelle Lösung gibt es nicht. Viele Schwierigkeiten sind nicht gelöst. Hier fließen auch die Schulsituation, die Müllproblematik und Problemimmobilien mit hinein. Wir helfen immer punktuell,



es müssen aber konkrete Regelungen gefunden werden, um die Probleme für die Zukunft zu vermeiden.

Eine weitere Herausforderung, die noch nicht behoben ist, stellt die Zunahme der Wettbüros dar, die mit den vorhandenen gesetzlichen Regelungen nur schwerlich eingegrenzt werden kann.

Sehr froh bin ich darüber, dass die Raserei auf der L1 (Duisburger Straße) inzwischen unter Kontrolle bekommen wurde, nachdem die Forderungen der Anwohner nach Installation von

Rotlichtblitzern und Einführung von Tempo 30-Zonen mit Unterstützung der Bezirksvertretung Hamborn erhört und umgesetzt wurden.

4. Was hast Du Dir für die nahe Zukunft vorgenommen?

In der nächsten Zeit werde ich mich mehr auf meine Familie, meine Gesundheit und auf Reisen fokussieren. Meine Frau und ich tanzen gerne – wir werden uns hierfür mehr Zeit nehmen. Außerdem werde ich mich mit Sport und anderen Aktivitäten fit halten.

5. Wo können wir in Duisburg weiterhin auf Dich treffen?

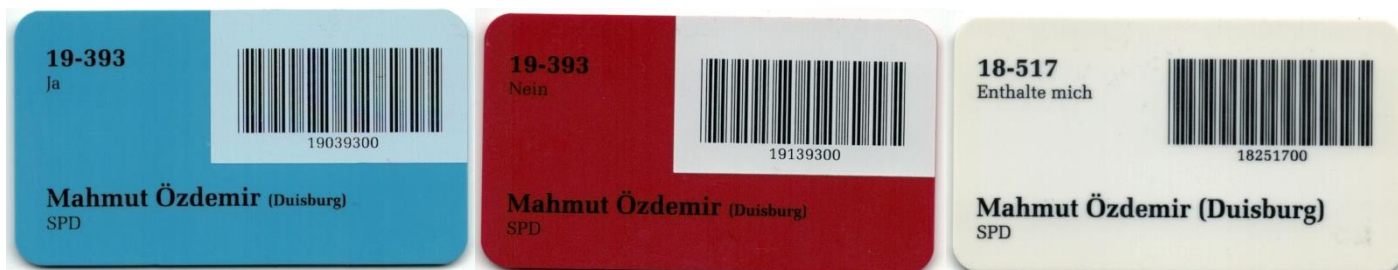
Ich bin und bleibe interessierter Hamborner und werde deshalb weiterhin überall in Hamborn anzutreffen sein, sei es auf dem Markt, bei Parteiveranstaltungen oder sonstigen Anlässe, bei denen Hamborner Bürgerinnen und Bürger willkommen sind.



Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

07. Januar 2019	Niederrheinisches Therapiezentrum Duisburg: Dr. Ingo Habenicht, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Dr. Ronald Dossi, Geschäftsführung, Sieghardt Schilling, Vorsitzender des Beirats, Dr. Dita Zimprichová, Maßregelvollzugsleitung / Therapeutische Leitung und weitere Mitarbeiter/innen sowie Uwe Dönisch-Seidel, Landesbeauftragter für den Maßregelvollzug NRW
14. Januar 2019	Shi Mingde, Botschafter der Volksrepublik China in der BRD
24. Januar 2019	Volker Kimpel und weitere Vertreter des SV Haesen-Hochheide
07. Februar 2019	Volker Schlüter, Kommissarischer Leiter des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Duisburg-Meiderich, und Prof. Dr. Hans-Heinrich Witte, Leiter Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt
22. Februar 2019	Ali Kemal Aydın, Botschafter der Türkischen Republik in der BRD
01. März 2019	TIAD e.V. Vorstandsmitglieder: Ali Aydın, Erkan Dural, Ismail Ünal, Özcan Yavuz, Hüseyin Gökce
25. März 2019	Veysel Keser, Geschäftsführer AWO-Duisburg, Philipp Thelen Geschäftsführer AWO-Integration, und Dr. Martin Florichs, Geschäftsführer AWO-Familienbildung



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

13.12.2018	Solidaritätszuschlag Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995 - Drucksachen 19/1038, 19/6406 und 19/6440 -	Nein
18.01.2019	Änderung des Asylgesetzes (Gesetzentwurf der BReg) Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten - Drucksachen 19/5314 und 19/6538 -	Ja
18.01.2019	Änderung des Asylgesetzes (Entschließungsantrag der FDP-Fraktion) Entschließungsantrag der Abgeordneten Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten - Drucksachen 19/5314, 19/6538 und 19/7065 -	Nein
21.02.2019	Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses (Änderung des Grundgesetzes) Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e) - Drucksachen 19/3340, 19/6144, 19/6612 und 19/7940 -	Ja
21.02.2019	Gefahr Wolf - Unkontrollierte Population stoppen Buchstabe b der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Karlheinz Busen, Dr. Gero Clemens Hocker, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksachen 19/584 und 19/3034 -	Ja



21.02.2019	Selbstbestimmte Familienplanung ermöglichen - Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu den Antrag der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Kordula Schulz-Asche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksachen 19/2514 und 19/7858 -	Ja
21.02.2019	Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch (Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch - Drucksachen 19/7693 und 19/7965 -	Ja
21.02.2019	Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche (Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke) Gesetzentwurf der Abgeordneten Cornelia Möhring, Christine Buchholz, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche - Drucksachen 19/93 und 19/7965 -	Nein
21.02.2019	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB (Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) Gesetzentwurf der Abgeordneten Ullé Schauws, Katja Keul, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB - Drucksachen 19/630 und 19/7965 -	Nein
14.03.2019	Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Drucksachen 19/6335, 19/6929 und 19/8257 -	Ja
14.03.2019	Einheitliche Messverfahren für Stickoxide durchsetzen - Fahrverbote wirksam verhindern Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Leif-Erik Holm, Peter Boehringer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Einheitliche Messverfahren für Stickoxide durchsetzen - Fahrverbote wirksam verhindern - Drucksachen 19/6060 und 19/7771 -	Ja
14.03.2019	Deutsche und europäische Israelpolitik Antrag der Abgeordneten Frank Müller-Rosentritt, Bijan Djir-Sarai, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Deutsches und europäisches Abstimmungsverhalten in Bezug auf Israel bei den Vereinten Nationen neu ausrichten - Drucksache 19/7560 -	Nein



15.03.2019	Entwurf eines Gesetzes für mehr Teilhabe im Wahlrecht Gesetzentwurf der Abgeordneten Jens Beeck, Matthias Seestern-Pauly, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes für mehr Teilhabe im Wahlrecht - Drucksachen 19/3171 und 19/8177 -	Nein
15.03.2019	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Wahlrecht Gesetzentwurf der Abgeordneten Corinna Rüffer, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Wahlrecht - Drucksachen 19/4568 und 19/8177 -	Nein
15.03.2019	Für die Einführung eines inklusiven Wahlrechts Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Für die Einführung eines inklusiven Wahlrechts - Drucksache 19/8261 -	Ja
20.03.2019	Deutsch-französisches Parlamentsabkommen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen - Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit - Drucksache 19/8540 -	Ja
21.03.2019	Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan - Drucksachen 19/7726 und 19/8424 -	Ja
21.03.2019	Entschließungsantrag FDP Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan - Drucksachen 19/7726, 19/8424 und 19/8609 -	Nein
21.03.2019	Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (SEA GUARDIAN) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer - Drucksachen 19/7727 und 19/8426 -	Ja
21.03.2019	Bundeswehreinsatz Republik Südsudan (UNMISS) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) - Drucksachen 19/7728 und 19/8428	Ja



21.03.2019	Bundeswehreinsatz in Darfur (UNAMID) Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinigten Nationen in Darfur (UNAMID) - Drucksachen 19/7725 und 19/8430 -	Ja
21.03.2019	Änderung des Marktorganisationsgesetzes Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Marktorganisationsgesetzes - Drucksachen 19/7836 und 19/8350 -	Ja
11.04.2019	Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige Gesetzesentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige - Drucksachen 19/8460 und 19/9292 -	Ja
09.05.2019	Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) - Drucksachen 19/8972 und 19/9932 -	Ja
09.05.2019	Bundeswehreinsatz (EUTM Mali) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmision der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali) - Drucksachen 19/8971 und 19/9933 -	Ja
09.05.2019	Bundeswehreinsatz EU NAVFOR Somalia-Atalanta Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias - Drucksachen 19/8970 und 19/9934 -	Ja
09.05.2019	Konzerntransparenz gegen Steuerflucht Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke Konzerntransparenz gegen Steuerflucht - Drucksachen 19/7906 und 19/8388 -	Ja



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag: jetzt bewerben!

Duisburg, 19.12.19 – Bereits zum sechzehnten Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Jugendpresse Deutschland e. V. 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten zu einem einwöchigen Workshop nach Berlin ein. Die Jugendlichen erwartet ein spannendes und abwechslungsreiches Programm zum medialen und parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt. Auf dem Plan stehen unter anderem ein Redaktionsbesuch, verschiedene Fachgespräche mit Bundestagsabgeordneten, der Besuch einer Plenarsitzung und die Erstellung einer eigenen Zeitung.

Der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag richtet sich an medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren und findet vom 31. März bis 6. April 2019 in Berlin statt. Zentrales Thema ist in diesem Jahr die Gleichberechtigung. „Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau kann und

muss gerade von der jungen Generation aktiv mitgestaltet werden – und wer wäre dafür besser geeignet als junge Medienschaffende?“, erklären die beiden Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. Sie rufen daher alle Interessierten herzlich zur Bewerbung auf: „Wir würden uns freuen, eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer aus Duisburg beim Jugendmedienworkshop begrüßen zu dürfen. Wir wünschen allen, die sich aus Duisburg bewerben, viel Erfolg!“

Unter dem Titel „Das unsichtbare Geschlecht – Wie gleichberechtigt ist unsere Gesellschaft?“ werden sich die Jugendlichen im Rahmen des Workshops mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit sozialer Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Selbstbestimmtheit sowie dem Verständnis unterschiedlicher kultureller und religiöser Geschlechterrollen in der heutigen Zeit auseinandersetzen. Interessierte Jugendli-

che können sich bis zum 20. Januar 2019 unter der Internetadresse <http://www.jugendpresse.de/bundestag> mit eigenen Texten zum Thema bewerben. Anhand der eingereichten Bewerbungsbeiträge wird eine Jury dann ihre Auswahl treffen. Dennoch können die Planstellen für die Abgeordnete nur der Anfang sein, wie Mahmut Özdemir erläutert: „Die Bedarfe der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung liegen tiefer. Zusätzliche Stellen zu besetzen, kann nur ein Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets sein, das die Modernisierung und Instandhaltung der Schleusen und Wehranlagen insgesamt umfasst.“

Die Ruhrgebietsabgeordneten wollen sich daher in den kommenden Haushaltsberatungen 2019 im Bundestag für die Realisierung eines Strukturprogramms Wasserstraße einsetzen, das die Finanzierung und den Betrieb der Binnenschifffahrt langfristig sicherstellt.



Bärbel Bas und Mahmut Özdemir: Solidarität mit Real-Beschäftigten

Duisburg, 15.01.19 – Die Zukunft der mehr als 30.000 Beschäftigten der Einzelhandelskette Real steht auf dem Spiel. Das betrifft auch die Filialen in Duisburg. Die NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion hat gestern den Beschluss: „Solidarität mit den Real-Beschäftigten, Stärkung von Tarifverträgen“ verabschiedet. „Wir unterstützen die Beschäftigten in den Real-Märkten und stellen uns entschlossen gegen jede Form der Aushöhlung von Tarifverträgen oder Lohndumping“, erklären dazu die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Seit sich die Metro AG aus der Tarifbindung mit ver.di zurück-

gezogen hat, sind die Bruttolöhne von neu eingestellten Beschäftigten im Tochterunternehmen Real ca. 24 % niedriger – bei gleichzeitiger Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 37,5 auf 40 Stunden. „Diese Ungleichbehandlung der Beschäftigten führt schon heute zu einer erheblichen Verschlechterung des Arbeitsklimas. Die Beschäftigten fürchten, dass es eine dauerhafte Absenkung der Löhne geben wird und der geplante Verkauf der Real-Märkte die Situation der Beschäftigten noch weiter verschärft“, erklärt Bärbel Bas.

Die NRW-Landesgruppe fordert in ihrem Beschluss die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu verbessern und auch im

Handel auszuweiten. Außerdem fordern die Abgeordneten mehr Engagement der öffentlichen Hand zur Stärkung der Tariftreue und eine Besserstellung von tarifgebundenen Unternehmen.

„Die SPD möchte faire Arbeitsbedingungen sicherstellen“, erklärt Mahmut Özdemir. „Bei Real zeigt sich wieder einmal sehr deutlich, dass wir eine Erhöhung der Tarifbindung brauchen. Deshalb erwarten wir auch von einem Käufer der Real-Einzelhandelskette, dass der ver.di-Tarifvertrag für alle Beschäftigten dauerhaft angewandt wird.“

Internationaler Frauentag

Duisburg, 06.03.19 – Eine bessere Beteiligung von Frauen in den Parlamenten fordern die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. „Noch immer sind

Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, sie sollen auch die Hälfte der Mandate haben“, begründet Bärbel Bas ihre Forderung.

„Der Frauenanteil im Bundestag ist zuletzt wieder gesunken, von

36,5 % nach der Bundestagswahl 2013 auf jetzt nur noch 30,7 %. Die gleiche Entwicklung droht auch für das Europaparlament, das im Mai neu gewählt wird“, erklärt Mahmut Özdemir. Gerade rechtspopulistische Parteien stehen für eine Rückwärts-



rolle bei Frauenrechten, sie stellen auch deutlich weniger Frauen als Kandidatinnen auf. „Vor allem für uns Frauen ist die Europawahl im Mai daher eine Richtungsentscheidung. Ich wünsche mir eine Europäische Union, die weiter vorangeht bei der Gleichstellung“, so Bärbel Bas. „Dafür stehen Parteien, die

Frauen und Männer gleichberechtigt als Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen.“

Das Ziel der Duisburger Bundestagsabgeordneten ist die Parität von Frauen und Männern in den Parlamenten. „Das erreichen wir am besten wenn Frauen und Männer abwechselnd auf den Listen zur Wahl

stehen. Brandenburg hat dies in einem Paritätsgesetz festgeschrieben, das ist ein gutes Beispiel“, so Mahmut Özdemir. Und Bärbel Bas ergänzt: „Freiwilligkeit reicht nicht aus. Darum wollen wir die anstehende Wahlrechtsreform nutzen, auch auf Bundesebene ein Paritätsgesetz durchzusetzen.“

Duisburg im Rennen um „Mobilitätsknoten des Jahres“ 2019

Duisburg, 08.03.19 – Auch in diesem Jahr sucht der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen wieder den „Mobilitätsknoten des Jahres“ 2019. Der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, hat sich in Berlin für die Beteiligung Duisburgs stark gemacht.

„Um den öffentlichen Personennahverkehr voranzubringen, sind Knotenpunkte, wo unterschiedliche Mobilitätsangebote zusammenlaufen und ein Um-

stieg zwischen den Verkehrsnetzen möglich ist, von immenser Wichtigkeit. Denn nur wer auch wirklich bis zu seinem Endziel kommt, verzichtet am Ende des Tages auf die Benutzung des privaten Fahrzeugs“, erklärt Özdemir. „Die Einweihung des Duisburger Fernbusbahnhofs in 2017 war dafür ein wichtiger Schritt und das wird von den Nutzerinnen und Nutzer auch honoriert. Denn die Fahrgäste des Fernbusunternehmens Flixbus haben den Duisburger Halt als besonders guten Verkehrsknotenpunkt hervorgehoben und ihn damit ins Rennen

um die Auszeichnung geschickt.“

Der Wettbewerbspreis wird in vier Kategorien vergeben, die sich nach der Anzahl der Einwohner einer Gemeinde bzw. Stadt staffeln. „Ob sich Duisburg schon bald als Vorreiter für integrierte Mobilität bezeichnen kann, wird noch in diesem Monat von einer Jury entschieden“, weiß der Abgeordnete. „Meine Daumen sind gedrückt!“



Unterstützung für Steinkohlestandorte im Revier notwendig

Duisburg, 25.03.19 – Die Steinkohlestandorte im Revier müssen im Rahmen des Kohleausstiegs unterstützt werden. Dazu haben die Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir gemeinsam mit den SPD-Ruhrgebiets-Abgeordneten aus Bund und Land jetzt ein Positionspapier „Kernforderungen für die Steinkohlestandorte im Ruhrgebiet“ an den Bundeswirtschaftsminister und die NRW-Landesregierung geschickt.

„Wir freuen uns, dass der SPD-Vorschlag für eine Kohle-Kommission erfolgreich war“, erklärt dazu Bärbel Bas. „Der Kohleausstieg ist auch ein Ausstieg aus der Steinkohleverstromung.“ Im Ruhrgebiet gibt es zwölf Steinkohlekraftwerke, die in Folge der Energiewende stillgelegt werden sollen oder bereits stillgelegt worden sind – darunter das Steag-Kraftwerk Duisburg-Walsum und das Stadtwerke-Kraftwerk Duisburg-

Hochfeld. „Im Ruhrgebiet allein sind tausende Arbeitsplätze sowie 220.000 Haushalte am Fernwärmenetz betroffen. Zusammen mit unserer NRWSPD setzen wir uns daher dafür ein, dass auch das Ruhrgebiet einen fairen Anteil an den Strukturwandelmaßnahmen und unser Industriestandort Planungssicherheit erhält“, erklärt Mahmut Özdemir.

Die SPD-Ruhrgebietsabgeordneten hatten sich bereits im vergangenen Jahr dafür eingesetzt, dass die Steinkohlestandorte in die Arbeit der Kohlekommission aufgenommen werden. „Die Kommission hatte Ende Januar dann ihren 336-seitigen Abschlussbericht vorgelegt, in dem sich das Wort ‚Steinkohle‘ immerhin 126 Mal finden lässt. Bei den 157 Projektvorschlägen für NRW ist aber kein Projekt mit klarer Zuordnung zum Ruhrgebiet aufgeführt. Für mich zeigt sich einmal mehr: Die CDU/FDP-Landesregierung von

Ministerpräsident Armin Laschet hat keine Idee, keinen Willen und kein Konzept für die Weiterentwicklung des Ruhrgebiets“, kritisiert Bärbel Bas die NRW-Landesregierung. Mahmut Özdemir ergänzt: „Deshalb haben wir jetzt selbst beispielhafte Projektvorschläge und Handlungsmöglichkeiten ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit vorgeschlagen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Steinkohlestandorte in die Bundesgesetze aufgenommen werden und die NRW-Landesregierung endlich für das Ruhrgebiet aktiv wird. Die Unterstützung für das Revier darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir können Strukturwandel, das Ruhrgebiet bietet die idealen Rahmenbedingungen zum Aufbau einer umweltgerechten, sozialen und klimafreundlichen Innovationsregion.“



Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen gefordert



Dr. Martin Florichs, Mahmut Özdemir MdB, Veysel Keser und Philipp Thelen

Duisburg, 27.03.19 – Mahmut Özdemir berichtete bei einem Treffen mit dem AWO-Geschäftsführer Veysel Keser, dem Geschäftsführer der AWO-Integration Philipp Thelen und dem Leiter der AWO-Familienbildung Dr. Martin Florichs im AWO-Zentrum Nord in Hamborn von der Erhöhung der Bundesmittel für die Integrationsarbeit. Im Gegenzug erhielt Mahmut Özdemir Informationen, wie die Integrationsarbeit weiter verbessert werden kann.

Über die guten Nachrichten aus Berlin hat der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, die AWO-Duisburg gern persönlich infor-

miert: Für die Integrationsberatung stellt der Bund 18,5 Millionen und damit insgesamt 70,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Für die Integrationskurse, in denen Zuwanderer Deutsch lernen und ein Verständnis für das Leben in der Bundesrepublik gewinnen, gibt es im Haushalt 2019 in der Summe 720 Millionen Euro. Das sind 53 Millionen Euro mehr als 2018. Die zusätzlichen Mittel bedeuten nicht automatisch, dass auch die AWO-Duisburg mehr Geld für ihren wertvollen Einsatz erhält. Die Verteilung erfolgt nicht direkt, sondern ist an weitere Partner und bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Die Mittel für die Integrationskurse erhält zum

Beispiel das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerechnet wird dann nach Teilnehmerstunden.

Immerhin, in diesem Jahr konnte die AWO-Integration eine halbe Stelle mehr in der Beratung einrichten. Philipp Thelen machte dabei gegenüber Mahmut Özdemir deutlich: „Das reicht nicht. Immer mehr Menschen kommen zu uns in die Beratung. Einer der Gründe dafür ist, dass anerkannte Flüchtlinge als Migranten gezählt werden. Die Mittel für die Flüchtlingsarbeit sind gestrichen worden. Die Unterstützung für die so durch von der Umfirmierung betroffenen Zielgruppe aber nicht ausreichend erhöht.“

Die AWO-Experten fanden in dem Duisburger Bundestagsabgeordneten einen aufmerksamen Zuhörer und kundigen Gesprächspartner. Mahmut Özdemir sprach sich für eine Verpflichtung zum Besuch von Integrationskursen aus. Dies soll aus seiner Sicht ebenfalls für Zuwanderer aus EU-Ländern gelten. Dr. Martin Florichs, in dessen Verantwortungsbereich die Integrationskurse fallen, unterstreicht diese Aussage und ergänzt, dass er sich einen kostenlosen Besuch der Integrationskurse wünscht. Der SPD-



Abgeordnete will die Vorstellungen mit in die Diskussion um eine erfolgreiche Integrationsarbeit einbringen.

Mahmut Özdemir erklärte zugleich, dass er den Einsatz der Duisburger AWO wertschätze. „Für mich als SPD-Bundestagsabgeordneter ist klar: Integration gibt es nicht zum Nulltarif.

Das Ziel einer nachhaltigen Struktur- und Personalsteuerung in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer muss daher sein, eine dauerhaft gute Beratungsqualität sicherzustellen. Dabei leisten haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertvolle Arbeit, um Migrantinnen und

Migranten bei der Integration erfolgreich zu begleiten.“

Ansprechpartner und Telefonnummer: Veysel Keser, Geschäftsführer AWO-Duisburg e. V., Telefon 0203 3095-525, E-Mail: keser@awo-duisburg.de.

Girls' Day 2019: Mehr Frauen in die Politik



Mahmut Özdemir MdB und Schülerin Celina Berane

Berlin, 28.03.19 – Bereits zum 14. Mal hat der Girls' Day 2019 der SPD-Bundestagsfraktion am heutigen Donnerstag wieder zahlreiche junge Frauen aus ganz Deutschland in Berlin zusammengebracht. Für die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir haben die Schülerinnen Anna op de Hipt und Celina Berane

aus Duisburg an der Veranstaltung teilgenommen.

„Der Girls' Day ist ein Plädoyer für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Erwerbsleben und verkörpert damit ein wesentliches Ziel der Sozialdemokratie“, erklären Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

„Gleichzeitig dient das Programm dazu, Mädchen und jungen Frauen den parlamentarischen Alltag näherzubringen und sie für Politik zu begeistern. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen in der Politik die Hälfte der Mandate bekommen. Deshalb ist es uns ein ganz besonderes Anliegen, die Initiative zu unterstützen und den Schülerinnen diesen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.“

Rund 60 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik waren in diesem Jahr beim Girls' Day in Berlin dabei. Die Teilnehmerinnen haben im Rahmen des Programms eine Führung durch das Reichstagsgebäude erhalten und anhand eines Planspiels den praktischen Weg der Gesetzgebung durchlaufen. Darüber hinaus standen eine



Diskussion mit der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Andrea Nahles MdB sowie ein

Besuch in den Abgeordnetenbüros auf dem Programm.

Für ein BAföG, das für's Studium reicht

Berlin, 05.04.19 – Heute hat der Bundestag die Reform des BAföGs in erster Lesung beraten. „Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deswegen sorgen wir dafür, dass mehr Menschen BAföG erhalten“, erklärt die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas. Das BAföG unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie Studierende aus einkommensschwachen Familien. „Für sie stellt die finanzielle Belastung eines Studiums oder einer Ausbildung aus eigener Kraft eine zu große Hürde dar. Wir stärken mit der Reform die Bildungschancen in Deutschland – darauf bin ich stolz“, ergänzt ihr Bundestagskollege Mahmut Özdemir.

„In den letzten Jahren haben sich die Gehälter so entwickelt, dass immer weniger Menschen BAföG bekommen haben. Die Lebenshaltungskosten und Mieten der jungen Menschen sind aber stark gestiegen“, beschreibt Bärbel Bas die aktuelle Situation. „Deshalb hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen eine BAföG-Reform durchgesetzt, die jetzt im Bundestag beraten wird.“

Die Reform besteht aus mehreren Komponenten: Der Förderhöchstsatz steigt von 735 Euro auf 861 Euro. Da die Wohnkosten gerade in Hochschulstädten steigen, wird der sogenannte Wohnzuschlag von 250 Euro

auf 325 Euro erhöht. Gleichzeitig werden die Einkommensfreibeträge um mehr als 16 Prozent gesteigert. Die Kranken- und Pflegeversicherungszuschläge werden aufgestockt. „Damit werden mehr Schülerinnen und Schüler sowie Studierende erreicht, die bisher knapp über der Einkommensgrenze lagen“, weiß Mahmut Özdemir. „Wichtig ist mir auch, dass die Angst vor Verschuldung abgebaut wird: Maximal müssen Geförderte 10.000 Euro zurückzahlen. Zukünftig werden nach spätestens 20 Jahren die Restschulden erlassen, wenn aufgrund eines niedrigen Einkommens das Darlehen nicht bedient werden kann.“

Duisburger Denkmäler erhalten Bundesförderung

Berlin/Duisburg, 08.05.19 – Auch in diesem Jahr werden erneut zwei Duisburger Denkmäler aus dem Denkmalschutz-

Sonderprogramm VIII des Bundes gefördert. Die dafür nötigen Projektmittel in Höhe von insgesamt 589.000 Euro wurden in

der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses beschlossen.

Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas



und Mahmut Özdemir zeigen sich höchst zufrieden: „Wir freuen uns, dass die Verladeanlage 1 Werhahn am Duisburger Innenhafen und das Gebäude des ehemaligen Kaufhaus Nünninghoff in Homberg gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Duisburg und unseren Berliner Kolleginnen und

Kollegen im Haushaltsausschuss hat sich bezahlt gemacht. Mit den heute bewilligten Fördermitteln können an den beiden Denkmälern wichtige Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden. So bleibt ein Stück kulturelles Erbe unserer Stadt für weitere Generationen erhalten.“

Die Verladeanlage erhält im Rahmen des Programms einen Zuschuss in Höhe von 313.000 Euro, das ehemalige Kaufhausgebäude Nünninghoff wird mit rund 276.000 Euro an Bundesgeldern unterstützt.

Blaulichtkonferenz: Wetterextreme (er)fordern Einsatzkräfte



Sven van Loenhout, Mahmut Özdemir MdB und Simon Pake

Berlin, 08.05.19 – Langanhaltende Hitzeperioden, Unwetter oder Starkregen – Wetterextreme durch die Folgen des Klimawandels sind schon heute in Deutschland Realität. Um über die Auswirkungen der veränder-

ten Wetterlagen auf die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu diskutieren, hat die SPD-Bundestagsfraktion unter dem Titel „Klimawandel: Herausforderung für den Katastrophenschutz“ 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmerinnen auf der diesjährigen Blaulichtkonferenz in Berlin zusammen gebracht.

„Ziel ist es einerseits, Herausforderungen und Bedarfe der Einsatzkräfte für Notsituationen zu erörtern, und andererseits den haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die notwendige gesellschaftliche Wertschätzung für ihre wichtigen Einsätze entgegenzubringen“, berichtet Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und

Nordwesten, von der Konferenz. „Sehr gefreut hat es mich, dass in diesem Jahr Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Duisburg meine Einladung nach Berlin angenommen haben. Denn allein für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz haben wir im Bundeshaushalt 2019 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Und dabei wollen wir es nicht belassen. Den Hilfs- und Einsatzkräften sage ich die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion zu. Wir wollen Polizei, Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenhilfen langfristig so ausstatten, dass sie auch bei widrigen Bedingungen bestmögliche Unterstützung für die Betroffenen am Einsatzort leisten und dabei ihre eigene Sicherheit lückenlos gewährleisten können.“



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir



20.12.2018

Das obligatorische WAZ-Interview der SPD-Ruhrgebietsabgeordneten vor der Weihnachtspause



03.01.2019

Empfang der Duisburger Bezirksschornsteinfeger-Innung im Rathaus der Stadt



04.02.2019

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Diesel in Duisburg



11.02.2019

Besuch von Schülerinnen der Schule an der Jungfernhede Berlin zu einem Interview zum Thema Wertschätzung für junge Menschen



12.02.2019

Unterstützung des Red Hand Day 2019 mit Oliver Kaczmarek MdB - eine weltweite Initiative gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten



12.03.2019

Austausch des Seeheimer Kreises mit Wilhelm Schmidt, Präsident des AWO-Bundesverbandes (mi.), und Dirk Wiese MdB (li.)



24.03.2019

Sprengungstermin des Hochhauses „Weißer Riese“ in Duisburg-Hochheide



20.04.2019

Osterinfostand in Duisburg-Ruhrort



Mahmut Özdemir MdB (mi.) mit der Besuchergruppe auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes

Politische Bildungsfahrt nach Berlin im März 2019

von Lisa Brose, persönliche Referentin im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir MdB

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.

Zum ersten Mal in diesem Jahr sind wieder 50 politisch interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Duisburg in unsere Hauptstadt gereist, um vier erlebnisreiche Tage im politischen Berlin zu verbringen.

Am Ankunftstag ging es für die Gruppe direkt zur Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag im Deutschen Bundestag. Im Anschluss daran stand auch schon das Gespräch mit ihrem Duisburger Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir auf dem Programm, bevor der erste Abend in Berlin mit einem Besuch der Kuppel des histori-

schen Reichstagsgebäudes seinen Ausklang fand. Der Donnerstag hielt eine Führung durch die SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus, ein Informationsgespräch in der Landesvertretung NRW sowie einen Besuch des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors für die Gruppe bereit.

Am Folgetag stand dann die traditionelle Stadtrundfahrt durch Berlin an, die bekannte und weniger bekannte Details über unsere geschichtsträchtige Hauptstadt für die Besucherinnen und Besucher zu Tage brachte. Ebenfalls informativ ging es bei

einem Gespräch im SPD-geführten Bundesministerium der Finanzen weiter. Der letzte Abend in Berlin fand dann mit einer Zeitzeugen-Führung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi, für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein bewegendes Ende.

Am Samstag durfte dann der obligatorische Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer nicht fehlen, bevor es für die Gruppe mit gepackten Koffern und vielen neuen Eindrücken wieder zurück nach Duisburger ging.